

Österreich

Katrin Auel/Johannes Pollak

Das vergangene Jahr war geprägt von Wahlen auf Bundesebene, wobei politische Standpunkte entweder vermieden wurden oder im Boulevardstil ganze Wahlkampagnen bestimmten. In der politischen Wahrnehmung war weiterhin die Asyl- und Migrationsfrage das bestimmende Thema. Mit dem Wahlsieg der von Sebastian Kurz angeführten, aus Marketinggründen zur türkisfarbenen Partei mutierten Österreichischen Volkspartei (ÖVP) im Oktober 2017 fand auch die rechtspopulistische und europaskeptische Freiheitliche Partei (FPÖ) Eingang in die Regierung.

Innen- und Wirtschaftspolitik

Die politische Diskussion wurde von der Auflösung der Regierungskoalition zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der ÖVP sowie den Nationalratswahlen bestimmt. Außenminister Sebastian Kurz war im Juli 2017 zum neuen Parteichef der ÖVP gewählt und mit zahlreichen Vollmachten für den Wahlkampf, mögliche Koalitionsverhandlungen und Kabinettsbesetzungen ausgestattet worden. Entsprechend trat die ÖVP zu den Nationalratswahlen unter dem Namen „Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei“ mit mehreren von Kurz persönlich ausgewählten parteilosen Quereinsteigern an. Die strategische Fokussierung auf Kurz machte sich bezahlt: Am 15. Oktober 2017 ging die ÖVP bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent mit 31,5 Prozent der Stimmen als Sieger aus den Wahlen hervor, die SPÖ unter Kanzler Kern fiel mit 26,9 Prozent auf den zweiten Platz zurück. Die FPÖ konnte rund 5,5 Prozentpunkte zulegen und erreichte mit 26 Prozent den dritten Platz, die liberale Partei „Das Neue Österreich und Liberales Forum“ (NEOS) konnte mit 5,3 Prozent erneut in den Nationalrat einziehen. Größter Verlierer waren die Grünen, die mit lediglich 3,8 Prozent der Stimmen nicht mehr im Nationalrat vertreten sind. Die im Juli 2017 vom ehemaligen Grünen-Abgeordneten Peter Pilz gegründete „Liste Pilz“ schaffte hingegen mit 4,4 Prozent den Parlamentseinzug.

Die neue Regierung von ÖVP und FPÖ wurde im Dezember von Bundespräsident Van der Bellen ernannt.¹ Die FPÖ übernahm sechs von 14 Ministerien, darunter das Amt des Vizekanzlers sowie die Ministerien für Inneres und Verteidigung. Die Außen-, Justiz- und Bildungsministerien wurden mit parteilosen MinisterInnen besetzt. Presseberichten zufolge hatte Präsident van der Bellen bei der Regierungsbildung auf eine Trennung der Bereiche Inneres und Justiz zwischen den Koalitionspartnern und eine pro-europäische Ausrichtung der Regierung gedrängt.² Beiden Forderungen kam Kurz nach, wobei die Verlagerung weiter Teile der Europapolitik aus dem Außenministerium in das Kanzleramt nicht zuletzt

-
- 1 Hardy Ostry/Mathias Koch (2017): Analyse: Die neue österreichische Regierung Sebastian Kurz, Länderbericht der Konrad Adenauer Stiftung, 22.12.2017, abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_51206-544-1-30.pdf?171222143252 (letzter Zugriff 3.7.2018).
 - 2 Der Standard: Kurz bei Van der Bellen: Koalitionsverhandlungen „in der Zielgeraden“, 14.12.2017.

angesichts der Übernahme der europäischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 sicher auch im eigenen Interesse erfolgte.

Innenpolitisch blieb die Flüchtlings- und Integrationspolitik bestimmend. Für heftige Kritik im In- wie Ausland und handfesten diplomatischen Krach mit Italien sorgte die Drohung des damaligen Verteidigungsministers Hans Peter Doskozil (SPÖ), angesichts steigender Flüchtlingsströme die Grenze zum Brenner unter Einsatz der Armee, notfalls auch mit Panzern, zu schließen.³ Für Aufregung – und einige Erheiterung – sorgte außerdem das am 1. Oktober 2017 in Kraft getretene allgemeine Verhüllungsverbot, welches zwar primär auf gesichtsverhüllende Kleidungsstücke wie Burka oder Nikab abzielt, aufgrund der religionsneutralen Formulierung aber auch andere Arten der Verhüllung, etwa durch Schals oder Masken, betrifft.⁴

Im Bereich Asyl und Integration sind zudem zahlreiche Verschärfungen vorgesehen, vor allem im Bereich Mindestsicherung (Sozialhilfe). Angedacht sind eine Deckelung für kinderreiche Familien, eine Wartezeit bis zur vollen Anspruchsberechtigung abhängig von der Aufenthaltsdauer sowie die Einführung von Sachleistungen. Die Umsetzbarkeit von Plänen für eine Schlechterstellung von Asylberechtigten gegenüber Staatsbürgern bleibt allerdings fraglich: Eine entsprechende Regelung des Landes Niederösterreich wurde beispielsweise im März 2018 vom Verfassungsgerichtshof gekippt.⁵

Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) schlug vor, Flüchtlinge „konzentriert“ unterzubringen, während Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) die Unterbringung von Flüchtlingen in leer stehenden Kasernen sowie Ausgangssperren in die Diskussion einbrachte.⁶ Nicht zuletzt wegen dieser Vorschläge ist im öffentlichen Diskurs die Nähe von Mitgliedern der FPÖ zu rechtsradikalen und antisemitischen Inhalten immer wieder Thema.⁷

Die konjunkturelle Lage in Österreich zeigte im Vorjahr eine Fortsetzung des seit Mitte 2016 anhaltenden Wirtschaftswachstums zwischen 2,9 bis 3,2 Prozent. Im Durchschnitt der Prognoseperiode 2018 bis 2022 wird eine Wachstumssteigerung um 2,1 Prozent pro Jahr erwartet.⁸ Damit setzt sich der Trend eines durchschnittlich höheren Wachstums als im restlichen Euroraum fort. Die positiven Auswirkungen für die österreichische Exportwirtschaft sowie der steigende private Konsum bedeuten nicht nur höhere Steuereinnahmen und damit größeren Spielraum für die Bundesregierung, sondern auch eine Verringerung der Arbeitslosigkeit auf voraussichtlich 8 Prozent bis zum Jahr 2019.⁹ Kritisch für den nachhaltigen Erfolg dieses Wachstums werten Experten Reformanstrengungen in den Bereichen Verwaltungsvereinfachung, Deregulierung und Föderalismus sowie weitere Konjunkturpakete zur Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes.¹⁰

3 ORF: Eindeutiges Signal nach Brüssel, 4.7.2017.

4 Colette M. Schmidt: Verhüllungsverbot: Legomann von Wiener Polizei überprüft, in: Der Standard, 20.10.2017.

5 Kurier: NÖ: VFG hebt Mindestsicherungsregelung auf, 12.3.2018.

6 Die Zeit: FPÖ-Innenminister will Flüchtlinge "konzentriert" unterbringen, 11.1.2018.

7 Mauthausen Komitee Österreich: Broschüre „Einzelfälle und Serientäter“, abrufbar unter: <https://www.m-koe.at/rechtsextremismus/broschuere-einzelfaelle-und-serientaeter> (letzter Zugriff 20.6.2018).

8 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: WIFO-Konjunkturportal, abrufbar unter: <http://konjunktur.wifo.ac.at/> (letzter Zugriff: 20.6.2018).

9 Institut für Höhere Studien: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2017-2019, abrufbar unter: https://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/2016_Files/Documents/20171221_DE_Presseinfo_DezemberPrognose2017.pdf (letzter Zugriff 20.6.2018).

10 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: WIFO-Konjunkturportal, 2018.

Europapolitik

Das Bemühen, bei den europäischen Partnern Vertrauen in die pro-europäische Haltung der Regierung zu erwecken, wird nicht nur im Regierungsprogramm deutlich, sondern drückte sich auch symbolisch in den Antrittsbesuchen von Kanzler Kurz aus: Nur einen Tag nach der Angelobung reiste Kurz zu Treffen mit den Präsidenten der drei EU-Institutionen nach Brüssel¹¹, Anfang 2018 dann nach Paris für den Antrittsbesuch bei Staatspräsident Macron. Dass der Besuch in Berlin erst an dritter Stelle erfolgte, blieb in Deutschland nicht unbemerkt, von einem Stimmungstief ist die Rede.¹²

Das Verhältnis zu Deutschland war auch in den vergangenen Jahren immer wieder von unterschiedlichen Ansichten, vor allem in der Flüchtlingspolitik der Europäischen Union, geprägt. So hatte Kurz schon als Außenminister Angela Merkels „Willkommenspolitik“ kritisiert. Vor allem das Beharren Deutschlands auf einer Verteilung von Migranten in der Europäischen Union nach festen Quoten stößt weiterhin auf Kritik und könne laut Kurz zu einer Spaltung der Mitgliedstaaten führen. Die Diskussion über eine Quote sei ohnehin weitgehend sinnlos, denn „Migranten, die sich auf den Weg nach Europa machen, wollen nicht nach Bulgarien oder Ungarn [sondern] vor allem nach Deutschland, Österreich oder Schweden“.¹³ Auch Merkels Vorschlag, zukünftig die Verteilung von Geldern aus dem Unionshaushalt an die Aufnahme von Flüchtlingen zu knüpfen, trifft bei der neuen Regierung auf wenig Gegenliebe.¹⁴ Allgemein wichtigstes Ziel für Kurz und die neue Regierung ist die Sicherung der Außengrenzen der EU.¹⁵ Bei einem Gespräch im Juni 2018 zwischen dem österreichischen Kanzler und dem deutschen Innenminister Seehofer wurde vereinbart, in einer „Achse der Willigen“ zwischen Berlin, Rom und Berlin zusammenzuarbeiten, um gemeinsam die „illegale Migration“¹⁶ zu reduzieren. Pikantes Detail: Der Plan war beim Treffen mit Kanzlerin Merkel am Tag zuvor nicht besprochen worden.¹⁷

Im April 2018 lud Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) Vertreter aus zwölf Mitgliedstaaten ein, um im Rahmen des „Wiener Prozesses“ Details zu der ab 2020 geplanten Europäischen Sicherheitsunion zu diskutieren. Gedacht als Auftakt zu einer koordinierten Zusammenarbeit der Länder, die in den nächsten Jahren den Vorsitz des Rates der Europäischen Union übernehmen werden beziehungsweise kürzlich innehatten, wurde über den Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union, ein krisenfestes Asylsystem sowie die Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und Schlepperei beraten.¹⁸ Auch das Programm der Ratspräsidentschaft mit dem Motto „Ein Europa, das schützt“¹⁹ priorisiert den Kampf gegen illegale Migration. Weitere Schwerpunktbereiche sind die Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung sowie die Stabilität in der Nachbarschaft, inklusive weiterer Annäherung der Westbalkanstaaten an die EU.

Grundsätzlich liegt der Fokus der Europapolitik der Regierung, nicht zuletzt im Hinblick auf den Ratsvorsitz, auf der Betonung des Subsidiaritätsprinzips. Die Europäi-

11 Ingrid Steiner-Gashi: Eiliger Antrittsbesuch in Brüssel: Kurz will Zweifel zerstreuen, in: Kurier, 18.12.2017.

12 Focus: Woran man merkte, dass es zwischen Merkel und Kurz kriselt, 18.1.2018.

13 Berliner Morgenpost: Kanzler Kurz will Kursänderung in EU-Flüchtlingspolitik, 24.12.2017.

14 ORF: Solidarität mehr als Flüchtlingsaufnahme, 23.02.2018 Quelle nicht auffindbar

15 Salzburger Nachrichten: Kurz in Berlin mit Merkel bei EU-Außengrenzschatz einig, 13.6.2018.

16 Birgit Baumann: Kurz baut "Achse der Willigen" gegen Angela Merkel, in: Der Standard, 13.6.2018.

17 Baumann, "Achse der Willigen", 2018.

18 Der Standard: Außengrenzschatz dominiert Diskussionen über EU-Sicherheitsunion, 13.4.2018.

19 Bundeskanzleramt: Österreichischer Vorsitz im Rat der Europäischen Union, abrufbar unter: <https://www.eu2018.at> (letzter Zugriff: 3.7.2018).

sche Union müsse sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren, die einen europäischen Mehrwert brächten. Entsprechend lehnt die Regierung, im Gegensatz zu Deutschland und anderen Mitgliedstaaten, eine Erhöhung der Beitragszahlungen nach dem Wegfall der britischen Zahlungen in Höhe von circa 14 Milliarden Euro ab. Vielmehr unterstützt die Regierung Einsparungen, etwa im Bereich der Strukturpolitik und im öffentlichen Dienst der Europäischen Union. Ziel sei eine starke Union, die sparsam mit dem Geld der Steuerzahler umgehe. Inwieweit Österreich angesichts der harten Regierungsposition in der Lage sein wird, während des Ratsvorsitzes die Verhandlungen zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen von 2021 bis 2027 voranzubringen, ist daher unklar. Zwar will die Regierung eine bessere Abstimmung unter den Nettozahlern vorantreiben, aber es gibt bereits Spekulationen über das Interesse der Regierung, das Thema der rumänischen Ratspräsidentschaft überlassen zu wollen.²⁰

Auch bezüglich der Verhandlungen zum EU-Austritt Großbritanniens dämpft die Regierung die Erwartungen an den Ratsvorsitz. Man rechne nicht mit einer raschen Einigung über die künftigen Beziehungen: Brüssel solle in den Brexit-Gesprächen „nicht zu großzügig“ sein, gleichzeitig sei es aber auch „nicht notwendig“, es den Briten „zu zeigen“.²¹

Ähnlich vage ist auch die Haltung der Regierung zu Plänen zur Reform der Europäischen Wirtschaftsunion und der Eurozone. Von Plänen zur Einführung eines europäischen Finanzministers, eines eigenverantwortlichen Budgets für die Eurozone oder einer gemeinsamen Schuldenverwaltung der Länder der Eurozone hält Kurz wenig. Unterstützung gibt es von der neuen Regierung hingegen für die Freihandelsabkommen der Europäischen Union: Nachdem die Zustimmung in der letzten Legislaturperiode vor allem am Widerstand von SPÖ, FPÖ und den Grünen gescheitert war, ratifizierte der Nationalrat am 13. Juni 2018 das umstrittene umfassende Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA). Möglich wurde die Ratifizierung vor allem durch eine Änderung der Haltung der FPÖ zu dem Abkommen, welches die Partei vor der Wahl noch abgelehnt und eine Volksabstimmung darüber gefordert hatte.

Fazit

An Österreichs reaktiver Rolle in der Europapolitik hat sich auch im Jahr 2017 nichts geändert. Die Regierungsbeteiligung der europaskeptischen FPÖ, die im Europäischen Parlament Mitglied der offen europafeindlichen Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ ist, lässt Österreich weiterhin als einen unsicheren Partner auf EU-Ebene erscheinen. Avancen gegenüber den Visegrád-Staaten, Kritik vor allem an der deutschen Migrationspolitik, Verständnis für die rechtsnationale Politik in immer mehr Nachbarstaaten sowie die Kontakte der FPÖ zu rechten politischen Kreisen schaden nach Einschätzung vieler Beobachter dem Image des Landes. Die im zweiten Halbjahr 2018 anstehende Ratspräsidentschaft wird zeigen, ob es Österreich gelingt, eine Rolle als ehrlicher Makler in einer Reihe von brisanten Fragen, von Brexit zu Budget, einzunehmen. Bisherige Aussagen zu Europa lassen einen deutlichen Mangel an Substanz und Ideenreichtum erkennen.

Weiterführende Literatur

Daniel Schade et al.: *The Relaunch of Europe. Mapping States' Reform Interests. Country Issue: Romania*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2018.

20 Paul Schmidt/Christoph Breinschmid (2018): Zur veränderten Rolle des EU-Ratsvorsitzes: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik Policy Brief 09'2018.

21 Wiener Zeitung: EU-Vorsitz Österreichs - Strache: "Ich kümmere mich um Österreich", 9.5.2018.